

Jugend=Vorwärts

Nr. 12

Beilage zum Vorwärts

24. Dezember 1930

Gegen Not und Faschismus

Die Kampflosungen der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Zu den von den Parteien am meisten umworbenen Bevölkerungskreisen gehört zweifellos die Jugend. Nationalsozialisten und Kommunisten liegen in dem Rennen um die Gunst der jungen Generation an der Spitze. Sie nutzen die unter dem Druck der Wirtschaftskrise und der politischen Lage in Gärung geratene Jugend nach besten Kräften für ihre demagogischen Zwecke aus, heben sie zu allen möglichen Taten auf, die mit politischem Kampf nicht das geringste zu tun haben. Als Beispiel sei hingewiesen auf die erschreckend zahlreichen Ueberfälle von Jungkommunisten und Hitler-Jungen auf Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend in allen Teilen des Reiches.

Einen Damm gegen die Hochflut nationalsozialistischer und kommunistischer Verheerung der Jugend bildet die Sozialistische Arbeiterjugend. Ihre Funktionäre und ihre Arbeit wird deshalb von den Extremen in der gefährlichsten und schmutzigsten Weise herabgesetzt. Diese Wut über die SAJ ist begreiflich und verständlich, weil in ihrem Wirken nicht das radikale Wort, sondern das rabiate Handeln für die arbeitende Jugend zum Ausdruck kommt und von der Jugend immer mehr anerkannt wird. Wie dieses Handeln im konkreten Fall aussieht, zeigen die Beschlüsse der letzten Hauptvorstandssitzung des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands.

Der Kampf gegen die Wirtschaftsnot steht im Vordergrund. Er bewegt sich in zwei Richtungen. Einmal wird im Zusammenwirken mit der staatlichen und kommunalen Jugendpflege die trostlose Lage der erwerbslosen Jugend zu verbessern sein durch unterhaltende Veranstaltungen an Nachmittagen und Abenden in Jugendheimen oder ähnlich geeigneten Räumen, durch staatsbürgerliche und Berufsbildungs- oder -umschulungskurse. Vorweg kommt die immer wieder neu erhobene Forderung auf ausreichende Unterstützung der jugendlichen Arbeitslosen. Die Aenderungen der neuen Notverordnungen, durchgeführt im schwersten Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die u. a. auch eine Herabsetzung der Altersgrenze für die Arbeitslosenversicherung vom 17. auf das 16. Lebensjahr enthalten, erfüllen teilweise diese Forderungen.

Die Hauptkraft der Bewegung soll im neuen Jahr konzentriert werden auf die Durchsetzung einer Reihe von Jugendbeschäftigungsforderungen, wie Verkürzung der Arbeitszeit und Gewährung eines gesetzlich festgelegten Urlaubs für die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge, die einige der Möglichkeiten sind, positiv die Arbeitslosigkeit einzudämmen und die im Interesse der gesamten proletarischen Jugend liegen. Der Monat März soll als Werbemonat diesem Kampf für Jugendbeschäftigung gewidmet sein. Außerdem soll die Jugend

mobilmacht werden zum Kampf gegen den Faschismus, den Todfeind einer freien und gesunden Entwicklung der Jugend.

An anderen großen Veranstaltungen hat die SAJ für 1931 vorgesehen: als Auftakt der Jahresarbeit eine Reichsausschussführung am 11. Januar, auf der neben organisatorischen Fragen gesprochen werden soll über „Die politische Lage und die Aufgaben der Jugend“ (Referent: Parteivorstand Otto Wels), über die Stellung zur Arbeitslosenpflicht und über Jugendbeschäftigung.

Weiter ist vorgesehen die Durchführung des 6. Deutschen Arbeiterjugendtages, eventuell in Verbindung mit dem Reichsparteitag der Sozialdemokratie oder Ende August in Frankfurt a. M., ein vierzehntägiges Reichsjugendlager auf der Rheininsel Nemedys von Mitte bis Ende August, ein Reichs-Spieltag und Sporttag Anfang September, ein Internationaler Jugendtag am 4. Oktober und eine Herbstferienwoche vom 4. bis 11. Oktober.

Die Fülle dieser Veranstaltungen ist ein Zeichen für die innere Stärkung der Sozialistischen Arbeiterjugend. Daran ändern auch nichts die bedauerlichen Vorgänge in einzelnen Teilen des Jugendverbandes. So mußten in Königsberg drei Jugendfunktionäre ausgeschlossen werden, weil sie in engster Verbindung mit der kommunistischen Jugendopposition gegen die SAJ arbeiteten. Ihr Ausschluß wurde von einer außerordentlichen Bezirkskonferenz der SAJ in Ostpreußen einstimmig gebilligt. Der frühere Unterbezirksleiter der SAJ im Ruhrgebiet, Heinz Hoese, Bochum, mußte aus der Partei ausgeschlossen werden, weil er organisationsmäßig wirkte und mit den Kommunisten in Be-

Das Lied vom täglichen Brot.

Das ist das Lied vom täglichen Brot,
Die es erschaffen, leiden Not,
Die Kleider wirken — gehen bloß,
Die Häuser bauen — wohnungslos.

Das ist das Lied vom alten Geschlecht:
Dem Herrn das Land, die Fron dem Knecht.
Die Kohlen graben — ohne Heerd,
Die Werte schaffen — ohne Wert.

Das ist das Lied der höllischen Pein:
Dem Reichen Brot, dem Armen Stein.
Dem Armen Nacht und bitteres Muß,
Dem Reichen Glanz und Ueberfluß.

Das ist das Lied, wenn der Aufruhr gellt,
Wenn alte Schmach an uns zerschellt.
Das ist das Lied, das nicht verzeiht.
Ihr Knechte, seid zur Tat bereit!

(Aus „Sei uns, du Erde“ von Bruno Schönlank, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin)

ziehungen stand. Die Bezirksleitung Westliches Westfalen hat die Leitung dieses Unterbezirks übernommen, und es ist zu hoffen, daß der von Hoese angerichtete Schaden in Kürze wieder beseitigt werden kann. Gefast werden muß, daß die große Arbeitslosigkeit unter der Mitgliedschaft der SAJ (Stichproben ergaben, daß in den westdeutschen Bezirken die Hälfte, im Bezirk Mittelrhein ein Drittel der Mitglieder erwerbslos sind) den Stimmungen, die sich gegen die offizielle Parteipolitik richten, entgegenkommt, weil diese jugendlichen aus ihrer schlimmen Lage heraus eine rasche und durchgreifende Aenderung mit Hilfe der Partei herbeiführen möchten und dabei nur zu leicht die politisch-parlamentarische Situation falsch einschätzen. In engster Zusammenarbeit von Partei und Jugend wird es möglich sein, diesen Stimmungen entgegenzukommen und sie schließlich zu beseitigen. Die einmütige Auffassung der SAJ ist: Partei und Jugend stehen in einer Front, und in dieser schweren Zeit der Arbeiterbewegung erst recht!

Hilft die Arbeitsdienstpflicht?

Jugenderziehung durch Wartestandsbeamte und Heeresangehörige.

Im Zusammenhang mit den Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die Durchführung einer Arbeitsdienstpflicht für jugendliche lebhaft erörtert. Im alten Reichstag lagen ein nationalsozialistischer und ein wirtschaftsparteilicher, im Preussischen Landtag ein deutschnationaler Antrag auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht vor. Der Christlich-Sozialer Volksdienst, die Jungdeutsche Volksnationale Reichsvereinsleitung, der Werwolf haben die Arbeitsdienstpflicht in ihrem Programm stehen. Vaterländische Verbände und Frauenvereine stehen ihr mit Sympathie gegenüber. Ein „Bund für Arbeitsdienstpflicht“ tat sich auf. Eine Reihe von Verbänden schloß sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht“ zusammen, in deren Namen ein Kuratorium die politische Möglichkeit und finanzielle Durchführbarkeit der Arbeitsdienstpflicht prüfen soll.

Die Auffassungen über den Zweck der Arbeitsdienstpflicht sind so vielfältig wie die Interessen, die die genannten Verbände vertreten. Mit Schlagworten wie „Wiedergesundung des deutschen Volkes“, „Erziehung zu Disziplin, Verantwortungsgefühl und Arbeitswille“ sucht man für den Gedanken zu werben. Die extremen Nationalisten wollen die allgemeine Arbeitsdienstpflicht als Ersatz für die durch den Versailler Vertrag verbotene allgemeine Wehrpflicht. Alle treten sie mit der Behauptung auf, die Arbeitsdienstpflicht sei ein Mittel zur Einschränkung der Erwerbslosigkeit, besonders der Jugendlichen, weil mit ihr zusätzliche Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden können. Wie steht es damit?

Die Arbeiten des „Deutschen Arbeitsdienstes“.

Die Wirtschaftspartei hat am 18. Oktober 1930 dem Reichstag den „Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Arbeitsdienstpflicht“ mit 24 Paragraphen vorgelegt. Danach sollen sich die Arbeiten des „Deutschen Arbeitsdienstes“ vorzugsweise erstrecken auf „Erdarbeiten aller Art, die im öffentlichen Interesse liegen, wie Wegebau, Meliorations-, Kanalbauten und Ähnliches; Kanzleiarbeiten im Hilfsdienst bei öffentlichen Behörden und bei den Arbeitsdienststellen; Noistandsarbeiten jeder Art zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe“.

Für Erdarbeiten käme in erster Linie die Weidlandkultur in Frage. Nun läßt sich aber nicht jedes Weidland kultivieren. Dann ist die Menge der verfügbar zu machenden Arbeitstage verhältnismäßig gering zur Zahl der Arbeitsdienstpflichtigen. Nach dem wirtschaftsparteilichen Entwurf soll jeder männliche Deutsche von Vollendung des 17. Lebensjahres bis zum Ende des Kalenderjahres, in dem er das 25. Lebensjahr vollendet, für ein Jahr arbeitsdienstpflichtig sein. Die Arbeitsdienstpflichtarmee würde bei dieser Regelung 450 000 Mann stark sein. Mit diesen Arbeitskräften wären nach Urteilen aus Landbundeskreisen in drei bis vier Jahren alle Weidländer zu kultivieren und Arbeit dann nicht mehr vorhanden. Für Kanal- und Wegebauten dürften Arbeitsdienstpflichtige kaum in Frage kommen; denn dafür sind übergenug freiwillige Arbeiter vorhanden.

Die „Noistandsarbeiten zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe“ bedeuten in der Praxis nichts anderes als organisierten und staatlich sanktionierten Streikbruch. Schließlich lassen sich sehr viele Arbeitszweige zu lebenswichtigen Betrieben erklären. Mit der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsdienstpflicht ist es also sehr mager bestellt und die Arbeitslosigkeit nicht einzudämmen.

Was kostet die Arbeitsdienstpflicht?

Die Arbeitsdienstpflicht würde aber auch eine schöne Stange Geld kosten. Ueber die Aufbringung der Mittel gibt es die unterschiedlichsten Meinungen. Nach dem wirtschaftsparteilichen Entwurf soll „die Finanzierung des „Deutschen Arbeitsdienstes“ grundsätzlich erfolgen durch Bezahlung der vom Arbeitsdienst geleisteten Arbeiten. Darüber hinaus werden die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Mittel zur Hälfte von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, zur anderen Hälfte durch eine Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand aufgebracht“.

Den jährlichen Aufwand für Verpflegung, Kleidung, Löhnung, Taschengeld, für Führerpersonal und Verwaltungskosten, für Wohlfahrtspflege und Geschäftsbedürfnisse berechnet der wirtschaftsparteiliche Reichstagsabgeordnete Sachsenberg auf 413 Millionen Mark; nicht einberechnet sind die Kosten für die Unterbringung. Zu einer erheblich höheren Summe kommt der ver-

storbene Senatspräsident Dr. Flügge. Er schätzt die zu erwartenden Kosten auf jährlich 1159 Millionen Mark, ebenfalls ohne die Kosten für Unterbringung und Transport.

Daß solche Summen nicht verfügbar sind, auch wenn der wirtschaftsparteiliche Anschlag auf die öffentlichen Betriebe zur Ausführung käme, braucht bei der Finanzlage des Reiches nicht bewiesen zu werden. Außerdem: die Wirtschaftlichkeit der Arbeitsdienstpflicht wird selbst von ihren Befürwortern bezweifelt. In der „Kasseler Post“ schreibt Graf Berlepsch: „Bei der Arbeit, die eine auf Grund allgemeiner Arbeitspflicht zusammenberufene Gesellschaft von Menschen zu leisten hat, steht die Rentabilität nicht im Vordergrund.“ Die Arbeitsdienstpflicht wäre also nichts anderes als ein sehr kostspieliges Experiment, für das sich die Steuerzahler sehr bedanken.

Arbeitsdienstpflicht ist ziviler Militarismus.

Nun zu der erzieherisch-politischen Seite der Arbeitsdienstpflicht. Die Wirtschaftspartei sagt im § 1 ihres Entwurfes: „Die Arbeitsdienstpflicht dient der Erziehung der deutschen Jugend zu freiwilliger Unterordnung gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit, zu geregelter Arbeit und Pflächterfüllung.“ Daß die Jugend zur Arbeit erzogen werden soll, ist eine ganz insame Verhöhnung der 600 000 jugendlichen Erwerbslosen. Denn nicht Unlust zur Arbeit, sondern Mangel an Arbeit ist doch die Ursache der Arbeitslosigkeit. Die Jugend will arbeiten, nur sie kann es nicht, weil nicht genug Arbeitsplätze vorhanden sind.

Auf volkswirtschaftliche Nichtigkeit kommt es den Wirtschaftsparteilern aber nicht an, wenn sie ihre reaktionären Pläne in bezug auf die Jugend durchführen können. Das sieht in dem Entwurf so aus: § 3 lautet: „Die Ausübung des verfassungsmäßigen Wahlrechts ist für alle Arbeitsdienstpflichtigen an die Vorlage des ordnungsmäßigen Entlassungsscheins aus dem „Deutschen Arbeitsdienst“ beim zuständigen Wahlvorstand gebunden.“ Das ist nichts anderes als der Versuch einer Heraussetzung des Wahlalters. Organisatorische Gründe finden sich immer zu dem Nachweis, daß erst die 24jährigen zum Arbeitsdienst einberufen werden konnten; sie würden also erst vom 25. Lebensjahr an wahlberechtigt sein.

Die Leitung des Arbeitsdienstes soll einem Personal übertragen werden, das aus Wartestandsbeamten und entlassenen Heeresangehörigen bestehen soll (§ 11). Die letzteren sollen hierbei bevorzugt werden. Also ein Jahr lang würden 450 000 junge Männer unter die Erziehungsgewalt von ausgedienten Offizieren und Wachtmeistern gestellt. Der Kasernehofordriß des preussischen Kommiß fände hier keine Auferstehung. In der nationalistischen Presse wird denn auch ganz offen erklärt, daß der eigentliche Sinn der Arbeitsdienstpflicht sein soll, „aus den Reihen der Arbeitsdienstpflichtigen den Grundstock des künftigen deutschen Volksheeres zu bilden“. Die deutschnationale „Börsezeitung“ schreibt am 28. Februar 1929: „Die Wiederaufrichtung unseres alten Volksheeres ist uns verwehrt. So ist der Wunsch doch gewiß berechtigt, der deutschen Jugend vorerst wenigstens eine Schulung zu schaffen, die der neuen Generation mindestens etwas von dem sittlichen Gehalt des alten Heeres zu vermitteln vermöchte. In diesem durchaus und aufs höchste berechtigten Streben wurzelt der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht.“

Die Arbeitsdienstpflicht entpuppt sich als zivile Neuaufgabe des deutschen Militarismus. Das Zwangsarbeitsjahr des deutschen Arbeitsdienstes soll unter der Leitung von Militärs die Jugend zu neuer Kriegsbegeisterung entfachen. Alle die nationalistischen Redensarten von vor 1914 werden neu aufgezupft vorgeführt: Erziehung zur Nation, zur Schicksalsgemeinschaft, zum Dienst am allgemeinen Wohl, zur Überwindung der Parteienzersplitterung und des Klassenkampfes.

Sozialistische Arbeiterjugend und Sozialdemokratie sind gegen die Arbeitsdienstpflicht. Einmal, weil sie finanziell undurchführbar ist und wirtschaftlich nicht helfen kann gegen die Arbeitslosigkeit. Dann aber vor allem, weil wir nicht wollen, daß die deutsche Jungmannschaft den Erziehungseinflüssen der Reaktion zwangsweise ausgesetzt wird. Arbeit für die Jugend zu beschaffen ist oberstes Gesetz, nur muß diese Arbeit freiwillig sein und darf keinem Zwang unterliegen. Gustav Weber.

Platz, die Falken kommen!

Aus der Arbeit der Berliner Kinderfreunde.

Im nächsten Jahre können die Berliner Kinderfreunde ihr zehnjähriges Bestehen feiern. Eine gewaltige Arbeit ist seit dieser Zeit geleistet worden. In allen Berliner Verwaltungsbezirken bestehen Kreisarbeitsgemeinschaften der Kinderfreunde, die die Kinder in Gruppen zusammenzufassen. In den Gruppen sind die Kinder nach Jahrgängen geordnet. Der Kreis Neukölln hat 9 Neißfalken-, 9 Jungfalken- und 9 Rote Falken-Gruppen mit insgesamt 450 Kindern. Ein anderer, kleinerer Kreis, Tempelhofer, kann von je 2 Neiß-, Jung- und Rote Falken-Gruppen berichten.

Die Kinderfreundearbeit ist sozialistische Erziehungsarbeit an den Arbeiterkindern. Die erzieherischen Arbeiten werden in den wöchentlichen Veranstaltungen geleistet. Ein-, zwei- oder dreimal in der Woche kommen die Gruppen zu ihren Bastelabenden, Aussprachen und Spielnachmittagen zusammen. Bierzehntätiglich oder vierwöchentlich werden Wanderungen angelegt. Auf den Gruppenabenden werden alle Angelegenheiten der Gruppe besprochen, der Gruppenausschuss gewählt. Bei den Aussprachen ist die Teilnahme der Kinder sehr reger. Die Bastelabende dienen der Pflege der Gemeinschaft. Und zwar so: einzelne Gruppen stellen sich zur Aufgabe, ein Zeltlager oder ein Gruppengeschenk zu bauen. Alle Kinder sind dann fleißig bei der Sache. Besondere Freude bereitet die gemeinsame Herstellung von Gebrauchsgegenständen für die Zeltlager.

Ueber den Umfang der geleisteten Arbeit vermittelt die Statistik aus dem Jahre 1929 einen zahlenmäßigen, rohen Ueberblick. Es bestanden 1929 150 Kinderfreundegruppen mit 3200 Kindern und 357 Helfern und Helferinnen.

Im einzelnen wurden durchgeführt: Veranstaltungen der Gruppen und Kreise: 8344 Heimabende, 780 Ein- und Mehrtagewanderungen, 31 Werbeabende mit 7705 Teilnehmern, 60 Film-, Lichtbild- und Kasperlveranstaltungen mit 5660 Teilnehmern; 436 Teilnehmer am Zeltlager Narnsdorf, 422 Teilnehmer an Heimversandungen; 411 Helferzusammenkünfte mit 4961 Teilnehmern und 189 Elternabende mit 4932 Teilnehmern.

Der Kreis Neukölln führte in der Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni 1930 folgende Veranstaltungen durch: es fanden für die Kinder 95 Heimveranstaltungen, 94 Spiel- und Sportveranstaltungen, 48 Tageswanderungen statt. Für die Helfer 4 Zusammenkünfte und 6 Arbeitsbesprechungen sowie drei Wochenendkurse und zwei gefesselte Veranstaltungen, für die Eltern wurden 27 Zusammenkünfte durchgeführt. Außerdem besuchten 650 Teilnehmer 2 Werbeveranstaltungen.

Diese Zahlen zeigen, daß auch für die Helfer Veranstaltungen getroffen wurden. Sie finden statt, um ihnen praktische Hinweise für die Arbeit zu geben und zur Besprechung der jeweils neuen Aufgaben. Der Helferausbildung wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Helferkonferenzen und Wochenendkurse haben diese Arbeit zu erfüllen.

Die Tätigkeit der Kinderfreunde kann von dem Elternhaus nicht losgelöst sein. Besondere Aufmerksamkeit beansprucht deshalb die Elternorganisation. 1929 zählten wir rund 2500 Eltern. Es wird versucht, die Eltern von dem Wert der Kinderfreundearbeit zu überzeugen und sie für tätige Mitarbeit zu gewinnen. Das ist der Sinn der Elternabende, die freizeitsweise abgehalten werden.

Der Auftakt zur Sommerarbeit 1930 war der Kindermalltag am 4. Mai im Volkspark Neukölln. 2500 Kinder marschierten unter ihren roten Wimpeln, in ihren blauen Mänteln mit dem roten Falken am Ärmel zum Festplatz, wo sich bereits die Eltern und Parteigenossen eingefunden hatten. Nach einer kurzen wichtigen Feier entwickelte sich auf dem Festplatz reges Leben. Kreis Mitte zeigte einen Zirkus, Kreuzberg war mit dem Kasperltheater angetreten, Neukölln zeigte ein Zeltlagerdorf. Der Schluß erte alle zur gemeinsamen Singstunde. Die Veranstaltung zählte 6000 Besucher. Eine zweite größere Veranstaltung war die Sommerfächerwende am Blöhensee. Uns stand das Freibad zur Verfügung. 5000 Rote und Jungfalken, viele Genossinnen und Genossen waren erschienen, um bei lodernem Feuer erneut Bekenntnis zur sozialistischen Bewegung abzulegen. Pfingsten fand ein Probezeltlager mit 1000 Kindern in Tegel statt. Zwei kleinere Lager, eins an der Ostsee und eins auf der Insel Rügen vereinigten 100 Kinder. Eine Gruppe des Kreises Neukölln nahm an einem österröhlischen Lager in Kärnten teil.

Abschluß unserer Sommerarbeit war das Zeltlager bei Thun in der Schweiz. 800 Berliner Kinder nahmen daran teil. In das Neißfalkenlager Munster fuhren 240 Kinder. Mit diesen Teilnehmerzahlen sind unsere Erwartungen übertroffen worden. Die starke Beteiligung war möglich durch die Hilfe der Parteigenossen.

Die Kinder spürten die Solidarität der erwachsenen Arbeiterschaft. Welche Mittel gebraucht wurden, geht aus folgenden Zahlen hervor: für 800 Schwelzfahrer waren 40 000 M., für 240 Neißfalken 8600 M. aufzubringen.

Diese kurzen Angaben enthalten nur die wichtigsten Daten aus der Berliner Kinderfreundearbeit in den letzten Jahren. Ein umfassendes Bild von der Beseitigung und Bunttheit des Kinderfreundelebens kann sich nur machen, wer unsere Falkengruppen bei Spiel und Arbeit sieht. In allen Kinderfreundegruppen herrscht ein prächtiger Geist. Diese jüngste Garde des Proletariats wird zum Selbstbewußtsein erzogen und überall ertönt ihr Ruf: Platz, die Falken kommen!

WILH. SCHLÖTTE.

Die Jugendpflege der Stadt Berlin

In den letzten Jahren hat sich immer stärker die Ueberzeugung durchgesetzt, daß es nicht damit getan ist, sich um die kränke oder sozial entwurzelte Jugend zu kümmern. Gerade die gesunde, normale Jugend hat einen Anspruch auf staatliche Förderung und Pflege. Im Aufbau ihrer ganzen Arbeit setzten sich die fortschrittlichen Kräfte in der Republik in bewußten Gegensatz zu der im deutschen Kaiserreich geübten Praxis, nur dort einzugreifen, wo bereits etwas „passiert“ ist. In einem kurzen gedrängten Bericht gibt Genosse Stadtjugendpfleger Radtke in dem bereits in der vorigen Nummer des „Jugend-Vorwärts“ angezeigten Werk „Fünf Jahre Landesjugendamt Berlin“ einen Ueberblick über die Arbeit, die auf diesem Gebiet in den letzten Jahren geleistet worden ist.

An der Spitze steht der Ausbau der Erholungs- und Erziehungssorge, die in den letzten fünf Jahren einen mächtigen Aufschwung genommen hat, der hoffentlich nicht durch die im Jahre 1930 eingeleiteten Sparmaßnahmen allzu stark gehemmt wird. Rund 60 000 Kinder im Jahresdurchschnitt hat die Stadt Berlin in den letzten Jahren, meist für vier bis sechs Wochen, in Erholung geschickt. Dabei zeigt die Entwicklung in die Richtung einer starken Einschränkung der Einzelverschlüsse in Pflegestellen auf dem Lande und der Zunahme der Massenerholungen in besondere Erholungsheime, die der Stadt Berlin entweder selbst gehören oder mit ihr in einem dauernden Austauschverhältnis stehen. Vom sozialen Gesichtspunkt aus ist dies zu begrüßen. Die Kontrolle über Unterkunft und Wohlergehen der Kinder wie auch die Beobachtung des Erfolgs der Verschlüsse ist in einem geschlossenen Heim bedeutend leichter durchzuführen, die Möglichkeit einer Ausbeutung der Kinder durch bäuerliche Pflegeeltern, über die in früheren Jahren manchmal geklagt wurde, ist ausgeschaltet. Während noch 1922 rund 52 000 Landesverschlüsse und 14 000 Heimverschlüsse gezählt wurden, sind im Jahre 1929 rund 12 500 Verschlüsse in Landes- und Heimverschlüssen gegen rund 42 000 Heimverschlüsse festzustellen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die meisten Einzelverschlüsse Kinder sind, die zu ihren Verwandten fahren und dafür die Hilfe des Landesjugendamtes in Anspruch nehmen.

Die größten Landerholungsheime der Stadt Berlin sind in Scheuen (Lüneburger Heide), Neiß (Ostsee) und Jossen in der Mark. Im letzten Jahr ist das Hansa-Haus in Wendsee dazugekommen, dafür schließt Neiß im Herbst 1931 seine Pforten. Am stärksten hat sich Jossen entwickelt, wo neben einem großen soliden Hauptgebäude, dem früheren Offizierskasino (Jossen war Truppenübungsplatz und Militärlager) etwa 30 Gebäude entstanden sind, die den verschiedensten Zwecken dienen. Besonders wichtig sind die Schullanderheime, in denen 1929 92 Schulklassen, also 3000 Schüler mit ihren Lehrern für einige Wochen Landaufenthalt bei Fortsetzung des Schulunterrichts haben konnten. Das Ziel der Jugendpflege mußte sein, jeder Berliner Schulkasse die Möglichkeit zu verschaffen, einmal im Jahr für mehrere Wochen an die See oder in eine andere landschaftlich schöne und gesunde Umgebung zu ziehen und dort den entsprechend angepassten Unterricht fortzusetzen. In Jossen ist immerhin ein ganz schöner Anfang gemacht, auch hier ist allerdings der weitere Ausbau abhängig von der Beseitigung der Finanzkrise der Stadt Berlin. Neben diesen großen Kinderheimen gibt es in Berlin noch einige kleinere Erholungsheime für Kinder, die von den einzelnen Bezirksämtern geschaffen worden sind.

Von besonderem Interesse für die sozialistische Jugend sind die Maßnahmen, die für die schulentlassene Jugend auf diesem Gebiet ergriffen worden sind. Hier kann das Landesjugendamt noch nicht mit solchen großen Zahlen aufwarten, denn die ganze Arbeit befand sich noch im Aufbau, als der Spardiktator auf der Bildfläche erschien. Aus den Mitteln des Landesjugendamtes

wurden im Jahre 1929 etwa 600 Jugendliche für 6 Wochen in Heime verfrachtet. Daneben wurden von einigen Bezirksjugendämtern mit Unterstützung des Landesjugendamtes Ferienerholungsfahrten organisiert.

Sehr entwickelt hat sich in den letzten Jahren die Organisierung der Ferienspiele, die nach Möglichkeit diejenigen Kinder versorgen sollen, die keine Möglichkeit haben, in den großen Ferien zu verreisen. Am frühen Morgen sammeln sich die Kinder, fahren in Sonderwagen der Straßenbahn nach den Ruhezugsplätzen (wölft hat die Stadt Berlin bisher an der Peripherie eingerichtet, dazu kommen noch einige, die direkt von den Bezirksjugendämtern geschaffen worden sind), bleiben dort den ganzen Tag, werden verpflegt und machen unter Aufsicht Spiele und fahren dann am Abend mit Sonderwagen wieder zurück. Durchschnittlich haben an dieser örtlichen Erholungsfürsorge 20 000 bis 25 000 Kinder täglich teilgenommen.

Nachdem das in der Inflationszeit aufgebaute Hilfswerk der Quäker eingestellt worden war, übernahm die Stadtverwaltung die Aufgabe der Kindererziehung und baute diese planmäßig aus. Schulkinder, die zu Hause nicht die richtige Pflege haben oder deren Eltern sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, erhalten Frühstück und Mittagessen oder auf Wunsch und nach Lage der Verhältnisse auch nur eines von beiden. Wie notwendig diese Hilfsmaßnahme ist, zeigt eine Statistik des Bezirksamts Prenzlauer Berg, nach der von den Schulkindern des Bezirks 313 ohne erstes Frühstück und 187 ohne zweites Frühstück in die Schule kamen, 887 Kinder erhielten zu Hause kein warmes Mittagessen. Das war im Frühjahr 1929, das im gegenwärtigen Herbstwinter noch ganz andere Zahlen in Frage kommen. Ist sicher. Es ist also mit aller Bestimmtheit zu fordern, daß die umfangreichen Sparmaßnahmen, die auf allen Gebieten geplant und zum Teil schon durchgeführt sind, nicht dazu führen, daß diese wichtige Hilfsaktion weiter eingeschränkt wird.

Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß das Jugendamt in den letzten Jahren sich bemüht hat, die Jugendgruppen und Jugendvereine finanziell zu unterstützen. Es ist ganz interessant, zu erfahren, welche Summen in den letzten Jahren für diesen Zweck ausgegeben wurden. Nach den Angaben des Berichts wurden vom Landesjugendamt folgende Beträge verteilt: 1927: 55 000 M., 1928: 70 000 M., 1929: 85 000 M. In diesen drei Jahren also zusammen 210 000 M. Dazu kommen noch die Zuwendungen der Bezirksjugendämter an die einzelnen Jugendpflege treibenden Vereine. Für 1930 sind die Zahlen noch nicht bekannt, und für 1931 sind die Aussichten ziemlich trübe, ein Umstand, auf den sich die Jugendorganisationsstellen rechtzeitig einstellen müssen.

Dreiviertelfünf.

Schlaftrunken, müde taumele ich zur Untergrundbahn. Das Werkbuch, richtig, das Werkbuch mußt du heute abend... Werden auch recht viele zum Helmabend kommen? ... Ach, den Brief wolltest du ja heute schreiben... Bisherlich ein Rud — ich war fest eingeschlafen. Das scharfe Brennen der Untergrundbahn weckte mich. „Stettiner Bahnhof.“ Noch fünf Stationen, dann aussteigen. Wie war doch gleich die Formel?

treibendes Rad	Zeitspindelsteigung
getriebenes Rad	schneidendes Gewinde

Wenn du nach Hause kommst, gehst du aber bestimmt schlafen. Alles aussteigen! Donnerwetter, ist das eine Käse. Wie Amelien, die ihren Bau verlassen, kommen die Menschen in Strömen aus der U-Bahn. Ich gehe mitten in einem Strom. Wie sehen doch diese Gestalten alle aus? Gedüß, schläfrig torfeln sie ihre Strecke. Wir wären alle noch etwas im Bett geblieben.

In den Stempeluhren eine kleine Störung, dann geht es an die Arbeit zwischen ratternden Maschinen, posternenden Stangen und kreischenden Rädern. Gealterte Frauen an den gefährlichsten Maschinen, in der schlechtesten Luft. Luft? Man muß sich daran gewöhnen, Dreck zu atmen.

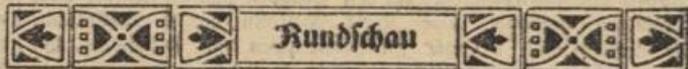
Dort reißt die Kette eines Kranes, der Motor rast dicht neben einem Arbeiter runter, aber das Haseln kann dadurch nicht unterbrochen werden. Einem Arbeiter wird der Kopf zwischen Fahrstuhl und Schiene zerquetscht, er stirbt kurz darauf. Einer der täglichen Betriebsunfälle.

Man muß eifrig arbeiten, sonst vergeht der Tag zu langsam. Neun Stunden! Wenn man erst Frühstück wäre, die Zeit bis Mittag vergeht dann schnell, na, und dann arbeitet man schon auf Feierabend zu. So sagt es der Arbeiter auf dem Colus, wo er von Zeit zu Zeit seine Zigarette raucht. Wenn das erwartete Klingelzeichen ertönt, dann steht der Arbeiter schon an der Uhr, eigentlich soll er erst jetzt aufhören zu arbeiten.

Wenn morgens die U-Bahn und die Straßenbahn viel zu schnell fahren, dann abends viel zu langsam. Zu Hause? Man geht dann nicht schlafen, man bleibt auch nicht zu Hause, nein, man geht raus, schnell noch ein bisschen frei zu sein. Man will erleben und froh sein mit Kameraden, und da gibt es so vieles, was man miteinander erleben, so vieles, womit man sich gegenseitig so manches erleichtern kann. Da muß dann oft die Schlafzeit verkürzt werden, denn es gibt eben noch andere Dinge, die einem Mut und Kraft geben.

Nur kurz ist die Schlafzeit, und dann wieder aufstehen um dreiviertel fünf.

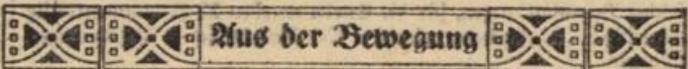
Rurt Lochoff jun., Brig.



Die kommunistische „G.M.J.-Opposition“.

Die „G.M.J.-Opposition“ hat ihren zweiten Rundbrief herausgebracht. Darin ist auch eine kurze Erwiderung auf unsere Behauptung, daß die Rundbriefe von der Zentrale des Kommunistischen Jugendverbandes hergestellt werden. Diese Behauptung wird nicht bestritten. Es wird von „Mäusen“ und „Schredmittel“ gesprochen, aber nicht gesagt, daß unsere Angaben falsch sind. Dieser Brief ist nur ein neuer Beweis dafür, daß die „G.M.J.-Opposition“ eine kommunistische Einrichtung ist. Zuerst: Von sachmännischer Seite wurde festgestellt, daß die Drucktype die der „Roten Fahne“ ist, daß also dieser Brief in der kommunistischen Parteidruckerei hergestellt wurde. Dann stehen in diesem Brief eine Reihe von Sätzen, die dem „Jungen Kämpfer“, Organ des K.V. für Sachsen, entnommen sind. In beiden Blättern heißt es mit Bezug auf die Mitgliederbewegung der G.M.J. in den beiden ersten Quartalen 1930: „Die Zahlen, die dort veröffentlicht werden, zeigen uns klar den Niedergang der G.M.J.“ Dann folgen eine Reihe weiterer Sätze, die völlig übereinstimmen und der G.M.J. wieder mal beschuldigen, daß sie am Sterben sei. Ein ganzer Abschnitt mit der Überschrift: „Hinweg mit den „linken“ Demagogen“ ist in beiden Blättern in wortwörtlicher Übereinstimmung enthalten.

Wir stellen auf Grund dieser Tatsachen noch einmal fest: Die G.M.J.-Opposition und ihr Rundbrief sind eine kommunistische Angelegenheit zum Zwecke der Bespitzelung der G.M.J. Daß schon wieder Spitzel am Werke sind, beweist folgender Vorfall: Die Berliner G.M.J. hielt Anfang Dezember eine Vorsitzendenkonferenz ab, zu der nur Zutritt hatten die ersten und zweiten Vorsitzenden der Gruppen und die Parteivertreter, die sich durch Mitgliedsbuch und Ausweis legitimieren mußten. Von dieser Konferenz erschien in der „Roten Fahne“ am 11. Dezember ein ausführlicher Bericht, der interne Angaben aus dieser Organisationsveranstaltung enthielt und sich natürlich gegen die G.M.J. und SPD richtete.



Jugendferien in der Schweiz.

Eine allgemeine gesetzliche Regelung des Urlaubs für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge gibt es in der Schweiz nicht. Die einzelnen Kantone haben folgende Bestimmungen über die Gewährung von Urlaub an Jugendliche: Bern 6 Tage nach einem Jahr, 8 Tage nach 2 Jahren, 10 Tage nach 3 Jahren, 12 Tage nach 4 Jahren für Arbeiterinnen, die nicht im Accord arbeiten. Zürich: Für Hausgehilfen 14 Tage nach einjähriger Dienstzeit. Für Lehrlinge gelten: Bern (nur in einigen Handwerken) 1 Woche nach 1 Jahr, 2 Wochen nach 2 bis 3 Jahren, Uri und Ob- u. Nidwalden 1 Woche jährlich, Argau und Schwyz 6 Tage auf einmal oder in zwei Teilen, Schaffhausen 8 Tage auf einmal oder in zwei Teilen, Thurgau mindestens 8 Tage auf einmal oder in Teilen.

Die sozialistische Jugend der Schweiz hat auf ihrem letzten Verbandstag die Forderung aufgestellt, der arbeitenden Jugend einen gesetzlich garantierten Urlaub von 3 und 2 Wochen zu gewähren.

Reichsausschussführung der G.M.J.

In seiner letzten Sitzung beschloß der Hauptvorstand des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend, den Reichsausschuss zum 11. Januar zu einer Sitzung zusammenzubekommen. Die Tagesordnung lautet:

1. Die politische Lage und die Aufgabe der Jugend. Referent: Parteivorstandender Genosse Otto Wels.
2. Die Situation im Verband. Referent: Genosse Erich Dillenhauer.
3. Unsere Stellung zur Arbeitsdienstpflicht. Referent: Genosse Gustav Weber.
4. Neues Schuljahr, Berufsschule, Arbeitslosigkeit, Jugendschutzfragen. Referent: Otto Heßler (ADGB).
5. Ausführungsbestimmungen zu den Verbandsjahrgängen und Richtlinien für die Bezirksjahrgänge.
6. Reichsjugendtag 1931 und Reichsjugendtag.
7. Reichsturse.

Die Tagung wird in der Arbeiterwohlfahrtschule in Berlin abgehalten.